

**Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) im Südkaukasus –
mehr als nur alter Wein in neuen Schläuchen?
Fallbeispiel Aserbaidtschan**

Deutsche Summary

Im November 2006 hat Aserbaidtschan zwei wichtige Integrationsschritte in Richtung Europa gemacht. Am 7. November 2006 wurde zwischen der EU und Aserbaidtschan ein von Russland mit Argwohn betrachtete Memorandum über Energiepartnerschaft unterzeichnet, während eine Woche später, am 14. November 2005, zwischen beiden der Aktionsplan der Europäischen Nachbarschaftspolitik (dasselbe auch mit anderen beiden südkaukasischen Staaten Armenien und Georgien) abgeschlossen wurde, der die strategischen Prioritäten der künftigen Zusammenarbeit darlegt.

Vor den Hintergrund dieser jüngsten Entwicklungen wird im vorliegenden Aufsatz eine Analyse der bilateralen Beziehungen, darunter Wahrnehmungen und Interessen der beiden Seiten, sowie aktuelle Probleme versucht.

English Summary

In November 2006 Azerbaijan has done two important integration steps towards Europe. On the 7th November, 2006 a memorandum of Understanding on energy partnership was signed between the EU and Azerbaijan that Russia eyed, while one week later, on the 14th November, 2005 the EU signed European Neighbourhood Policy action plan with Azerbaijan (as well with other South Caucasus states of Armenia and Georgia) which lays out the strategic priorities of the future cooperation.

Against the background of these latest developments an analysis of the bilateral relationships is tried in this article, amongst others the perceptions and interests of both sides, as well as topical problems.

–

1. Einleitung: Südkaukasus als Region?

Der Südkaukasus umfasst zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer eine geostrategisch bedeutende Fläche von 186.100 qkm mit einer Bevölkerung von 15,9 Mio., die aus drei unabhängigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion Armenien, Aserbaidshan und Georgien besteht.¹ Westliche Akteure, darunter die EU behandeln diese drei südkaukasischen Staaten als eine Region - auch deren gleichzeitige Aufnahme in die ENP 2004 war ein Indiz für diese „Gleichbehandlung“. Dennoch stellt sich hier die einführende Frage, ob die drei südkaukasischen Staaten wirklich eine Region bilden?

Geographisch (teilweise geopolitisch) ist der Südkaukasus eine Teilregion, wie auch das Adjektivwort `Süd` impliziert – nämlich eine Teilregion des Kaukasus, dessen Restteil das Nordkaukasus ausmacht. In weltpolitischer/völkerrechtlicher Hinsicht aber soll man den Süd- vom Nordkaukasus trennen. Denn für internationale Politik sind im regionalen Kontext nur die drei durch die Auflösung der Sowjetunion entstandenen Neu-Staaten des Kaukasus erreichbar, nicht aber autonome Entitäten im russländischen Nordkaukasus. (Sicherheits-)politisch ist dagegen eine strikte regionale Trennung zwischen Süd- und Nordkaukasus angesichts solch kritischer Schnittstellen wie Abchasien, Ossetien, Tschetschenien und Dagestan kaum haltbar, zumal die Entwicklungen im Nordkaukasus die Sicherheitsbelange Georgiens und Aserbaidshans direkt tangieren.²

Die regionale Zusammengehörigkeit politischer und ökonomischer Art zwischen den südkaukasischen Staaten ist in weiten Teilen auf der Strecke geblieben. Auch bestimmte Integrationsansätze in der russlanddominierten GUS waren vom vorneherein aus verschiedensten Gründen zum Scheitern verurteilt.³ Der bislang ungelöste Bergkarabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan, richtet noch heute jede Hoffnung auf eine regionale Kooperation/Integration zunichte. Bloß die ökonomischen und politischen

¹ Javier Solana, Hoher Vertreter für die GASP, hob kürzlich die geostrategische Bedeutung der Region für die EU, insbesondere wegen seiner Brückenfunktion zwischen Europa und Asien, noch mal hervor (Solana Says Membership For Caucasus 'A Different Story'; <<http://www.today.az/news/politics/32631.html>>). Und um diese Brückenfunktion mit Leben zu füllen, versucht die EU schon ab frühen 90er Jahren, das bis ins frühe Mittelalter zurückreichendes ehrgeiziges Konzept „Seidenstraße“ zwischen beiden Kontinenten wieder zu beleben und dabei sich vor allem mit Projekten wie TRACECA (Transport Corridor Europe-Caucasus-Central Asia) für die Förderung neuer Transportkorridore und Verkehrsnetze sowie von Handelsbeziehungen in der Region einzusetzen, jedoch in letzten Jahren mit nachlassender Intensität.

² Uwe Halbach: Der Kaukasus in neuem Licht: Die EU und Rußland in ihrer schwierigsten Nachbarschaftsregion. Berlin 2005 [= Stiftung Wissenschaft und Politik. SWP- Studie, November 2005], hier S. 22.

³ Siehe näher: Egbert Jahn: Ausdehnung und Überdehnung. Von der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau zum Ende der europäischen Integrationsfähigkeit, in Osteuropa, 2-3/2007, S. 35-56. —

Verflechtungen zwischen Aserbaidschan und Georgien bilden heute eine solide Basis für eine weitgehende regionale Integration (GUAM, BTC-Pipeline usw.). Die politischen Beziehungen zwischen Armenien und Georgien sind zwar normal, aber bleiben durch immer wieder auftauchende Probleme um die armenische Minderheit auf dem georgischen Hoheitsgebiet Tschavachetien teilweise belastet. Da im Georgien auch eine aserbaidchanische Minderheit mit ihren vielschichtigen Problemen lebt, sind zwar auch die aserbaidchanisch-georgischen Beziehungen von der ähnlichen Problemlage betroffen, aber mit deutlich weniger Wirkungsstärke.

Außenpolitisch schauen die Staaten der Region in unterschiedlichen Richtungen. Georgien betreibt eine leidenschaftliche prowestliche Politik und strebt mittelfristig eine Nato- und EU-Mitgliedschaft an, ohne dabei den Streit mit Russland zu scheuen. Armenien aber ist eher prorussisch und sieht als Mitglied des Vertrages über Kollektive Sicherheit im GUS-Rahmen in Russland eine „natürliche“ Schutzmacht, und im Umkehrschluss Russland in Armenien ein (militärisches) Vorposten in der Region. Die Lage um Aserbaidschan ist in dieser Hinsicht charakteristisch. Denn die heutige außenpolitische Richtung des Landes kann man nicht eindeutig prowestlich oder –russisch einordnen. Eher ist Aserbaidschan eine (geopolitisch) balancierte Außenpolitik zu attestieren.

Der Südkaukasus ist durch eine kulturelle wie sprachliche Bindung auch kaum als Region zu definieren. Wenn ethnolinguistisch die Armenier ein indogermanisches Volk ist, und die Aserbaidschaner dagegen ein Türkvolk ist, so sehen sich die Georgier als ein „rein“ kaukasisches Volk. Auch religiös unterscheiden sich die drei Völker von einander: Armenier als Angehörige einer eigenständigen Apostolischen Kirche und Georgier als Orthodoxe sind christliche Völker, während Aserbaidschaner als mehrheitlich schiitische Volk dem Islam angehören.⁴

Im Südkaukasus haben wir noch drei nicht anerkannte Sezessionsrepubliken (Berg-Karabach, Abchasien und Süd-Ossetien), durch die Aserbaidschan (im Falle Berg-Karabach) und Georgien (im Falle Abchasien und Süd-Ossetien) ihre territoriale Integrität gefährdet sehen. Zudem sieht sich Aserbaidschan als Folge des Berg-Karabach-Konflikts der Aggression eines anderen Staates der Region– Armeniens - ausgesetzt. Die bislang ungeklärte Situation um

⁴ Als Zusammenhaltsmerkmal der Regionsvölker gibt es dennoch Eigenheiten, die auf eine historisch gewachsene und durch geografische Nähe bedingte „regionale“ Kultur und Tradition zurückgehen: Ähnlichkeiten in Musik, Küche oder in Volksmentalität usw. Nicht zufällig spricht man oft in Russland von „kaukasischer Nation“, aber eher abwertend.

diese Sezessionsrepubliken birgt heute ein enormes Konfliktpotenzial, das sowohl intra- (Armenien und Aserbaidtschan) als auch interregionale (Georgien und Russland, Armenien und die Türkei) Kooperation stark belastet bzw. unmöglich macht.

2. Aserbaidtschan und die EU: Wahrnehmungen und Interessen

Die größte Kaukasusrepublik Aserbaidtschan⁵ ist ein energiereiches Land, das in letzten Jahren noch einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Hier ist die Rede von einem kontinuierlichen zweistelligen Wirtschaftswachstum – alles aufgrund des wieder angekurbelten Ölexports.⁶ Heutzutage gilt Aserbaidtschan v.a. im politischen Sprachgebrauch als Transformationsland, das aber auf einem langen Wege zu Demokratie zu sein scheint. Dem islamisch geprägten Land sind ebenfalls die europäischen Werte nicht unbekannt. So wurde das Land im Sinne der europäischen Aufklärung nach Annexion vom zaristischen und vor allem sowjetischen Russland nachfolgend in vielen Hinsichten modernisiert. Dass die sowjetische Zeit zu einer Art „Zwangsmoernisierung“ geführt hat, die heute Aserbaidtschan hinsichtlich des Säkularisierung und Alphabetisierung seiner Bürger sowie der Beherrschung von Wissenschaft und Technik einen erheblichen Vorsprung verglichen mit manchen anderen muslimischen Ländern gibt, ist wohl nicht zu übersehen.⁷

2.1. Internationale Bedeutung von Aserbaidtschan (für die EU)

Fasst man heute in (geo- und sicherheits-)politischer Hinsicht nur zwei Faktoren ins Auge, dann ist offenkundig, warum Aserbaidtschan für die EU wichtig sein soll: Aserbaidtschan liegt räumlich zwischen Russland und dem Iran, und zweitens ist das Tor nach Zentralasien, wo enorme Energieressourcen vermutet werden. Dieser Energiefaktor, gepaart mit dem Rückgriff auf die *Heartland*-Theorie von Mackinder,⁸ führte nach dem Ende des Kalten Krieges zu

⁵ **Aserbaidtschan:** Landesfläche 86,6 qkm, Bevölkerung 8,4 Mio., BIP 12,56 Mrd. \$; **Georgien:** Landesfläche 69,7 qkm, Bevölkerung 4,5 Mio., BIP 6,39 Mrd. \$; **Armenien:** Landesfläche 29,8 qkm, Bevölkerung 3,0 Mio., BIP 4,90 Mrd. \$ (Weltbank 2005).

⁶ Laut Angaben der Weltbank nahm 2005 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Aserbaidtschan um 26,2 % zu (<<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/ECAEXT/AZERBAIJANEXTN/0,,menuPK:301939~pagePK:141132~piPK:141109~theSitePK:301914,00.html>>). Nach Angaben der aserbaidtschanischen Regierung stieg das BIP 2006 gar um 35 %.

⁷ Klaus Grewlich: Mut zum eigenen Denken, Toleranz und „Ewiger Friede: Der deutsche Philosoph Immanuel Kant - gesehen vom Kaspischen Meer“, Rede anlässlich des Philosophenseminars der Universität Aserbaidtschan am 03.03.2004 zum 200. Todestag von Immanuel Kant (Manuskript), S. 8.

⁸ Halford Mackinder: The geographical pivot of history (1904), in: The *Geographical Journal*, Dec 2004, Vol. 170, Issue 4, p 298-321.

einer Neuauflage von GreatGame aus dem 19. Jahrhundert in Zentralasien. In der Literatur bezeichnet man die Region nicht zu Unrecht als "letzten geopolitischen Spielplatz"⁹ der Weltpolitik, wo Russland, die USA und inzwischen China gegeneinander konkurrieren. Die Entwicklungen in der Weltpolitik jüngerer Vergangenheit haben zudem Aserbaidschan – v.a. als muslimisches Land¹⁰ - zu einem regional sehr wichtigen Partner des Westens überhaupt im Kampf gegen den trans- bzw. internationalen Terror gemacht.

Der seit Jahren „eingefrorene“ Bergkarabach-Konflikt ist ein nicht zu unterschätzender Instabilitätsfaktor im Südkaukasus – nach innen wie nach außen (insbesondere für die geografisch immer näher heranrückende EU). Von 1992 bis 1994 befand sich dieser Konflikt in einer heißen Kriegsphase, die zu einer militärischen Niederlage von Aserbaidschan führte. Und auf beiden Seiten wurden Zehntausende getötet sowie Hunderttausende zu Flüchtlingen gemacht. Nach Waffenstillstand vom Mai 1994 brachten viele nachfolgende Verhandlungsrunden unter der Ägide der OSZE keinen realen Fortschritt im Friedensprozess, der bis heute erfolglos bleibt. Da sich die Kampfhandlungen überwiegend im Territorium Aserbaidschans abspielten, und etwa dessen 20 % Staatsgebiet von Armenien bisher besetzt gehalten wird, leidet die aserbaidschanische Bevölkerung noch heute unter Kriegsfolgen. Und der Konflikt wird auch von der EU immer noch als „ein sehr ernstes Hindernis für die Entwicklung [...] der Region“ angesehen.¹¹

Seit dem Beitritt Aserbaidschans zum Europarat 2001 ziehen immer stärker auch die innenpolitischen Entwicklungen im Lande die Aufmerksamkeit Europas auf sich. Am 15. Oktober 2003 fanden im Lande als Mitglied des Europarats die ersten Präsidentschaftswahlen statt. Nach einem umstrittenen Wahlausgang, auf dessen Basis Ilham Alijew die Nachfolge seines Vaters Haidar Alijew antrat, begannen beinahe alle politischen Beobachter, von der Etablierung einer Dynastenherrschaft in Aserbaidschan zu reden – offenbar ein Rückschlag für den Demokratisierungsprozess im Lande.

Auch die letzten Parlamentswahlen im November 2005 waren das nächste politische *Highlight* im Lande, das vom Westen mit großem Interesse verfolgt wurde. Doch fielen alle

⁹ Siehe exemplarisch: Sarah Reinke: Zentralasien zwischen Machtpolitik und Ölinteressen, "Pogrom - bedrohte Völker", Nr. 210, Heft 3/2001.

¹⁰ Aserbaidschan ist eben das einzige muslimische Land, das als Mitgleid der „Koalition der Willigen“ seine Soldaten in den Irak geschickt hat.

¹¹ Europäische Nachbarschaftspolitik. Empfehlungen für Armenien, Aserbaidschan und Georgien sowie für Ägypten und Libanon. Mitteilung der Kommission an den Rat: KOM (2005), 72 endgültig, Brüssel, den 2.3.2005, S. 4; <http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/enp_communication_72_2005_de.pdf>, S. 4.

Beteiligten auch diesmal durch den Demokratie-Test: das Volk, das nicht imstande war, seine Stimme zu verteidigen, die politische Elite, die zum einen als Opposition nicht die Massen gegen Wahlfälschungen mobilisieren konnte, und die zum anderen als Regierung keine demokratischen Wahlen zuließ, und auch der Westen, der der Stabilität Vorrang vor der Demokratie gegeben hat.¹²

Was die internationale Bedeutung Aserbaidschans angeht, kommt hinzu, dass Aserbaidschan selbst, wie oben erwähnt, ein öl- und gasreiches Land ist. Im Geist der angesagten Diversifizierungspolitik ausländischer Bezugsquellen von Energieträgern ist Aserbaidschan für Europa ein zunehmend wichtigerer Energielieferant. Besonders durch Inbetriebnahme der BTC-Ölpipeline 2006 katapultierte sich Aserbaidschan für die EU in eine Schlüsselposition in der Gesamtregion.¹³ Aufgrund der heutigen Lage auf dem Ölmarkt wird diese Ölpipeline wahrscheinlich die Interdependenz gerade zwischen Europa und Südkaukasus noch erhöhen, wenn auch sie überwiegend auf amerikanische Initiative zurückgeht. Am 7. November 2006 wurde folglich zwischen der EU und Aserbaidschan ein Memorandum über eine Energiepartnerschaft unterzeichnet, das auf Aserbaidschans bessere Integration in den europäischen Energiemarkt und die Erhöhung der Versorgungssicherheit der EU zielt.¹⁴

Dass Aserbaidschan dabei doch einen großen Spagat zwischen Brüssel und Moskau versucht, ist daraus ersichtlich, dass der aserbaidschanische Präsident Ilham Alijew nach der Unterzeichnung der Energievereinbarung von Brüssel direkt nach Moskau flog, um seinen Amtkollegen Putin persönlich über Details seines Brüssel-Besuchs zu informieren. Dass der russische Präsident, der die Energieressourcen seines Landes als außenpolitisches Machtinstrument einsetzt, den Brüssel-Besuch Alijews mit Argwohn betrachtet, war im Kontext dieses Treffens deutlich zu spüren. Noch in dessen öffentlichen Teil bekundete Putin

¹² Siehe näher: Azär Babayev: Demokratie-Test nicht bestanden. Parlamentswahlen in Azerbaidžan 2005, in: Osteuropa 3/2005, S. 33-43.

¹³ Die BTC-Pipeline ist die Ölpipeline der Superlativen, nämlich mit ca. 1770 km die längste und mit ca. vier Milliarden \$ Baukosten die teuerste Ölpipeline der Welt, ist ein ehrgeiziges Projekt, das nicht nur eine ökonomische Zukunftsinvestition des Westens darstellt, sondern auch eine (geo-) politische. Sie wird hauptsächlich durch den britischen Ölkonzern BP und die staatliche aserbaidschanische Ölgesellschaft Socar betrieben. Beteiligt sind auch Unternehmen aus den USA, Türkei, Italien, Japan, Saudi-Arabien und Norwegen. Finanziert wurde der Bau der BTC von der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau. Wenn die Pipeline ausgelastet ist, soll sie bis zu eine Million Barrel pro Tag in den Westen bringen, was aber erst ab 2008 zu erwarten ist. Auch das zentralasiatische Kasachstan schließt sich jetzt dem lukrativen Geschäft an.

¹⁴ Präsident Barroso und der Präsident von Aserbaidschan unterzeichnen Vereinbarung über Energiepartnerschaft, IP/06/1516;
<[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1516&format=HTML&aged=0&language=DE
&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1516&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en)>.

ja direktes Interesse an Alijews „Dialog mit europäischen Partnern“. Vorausgegangen ist noch Putins halbironisch gemeinte Gratulation zu seinem erfolgreichen Brüssel-Besuch.¹⁵ Präsident Alijew ist hier dennoch ein (außen-)politisches Selbstbewusstsein zu attestieren, denn er ist nicht zuerst nach Moskau gekommen ist, um mit Putin Details zu beraten, sondern erst danach, um ihn bloß über die Ergebnisse seines Besuches zu informieren.

2.2. EU: Wahrnehmungen und Interessen Aserbaidshans

In Aserbaidshans (wie in anderen Regionsstaaten) wird die EU nicht als ein externer Akteur von primärer Bedeutung wahrgenommen. Die anderen westlichen Akteure wie Nato und die USA mit eigenen strategischen/vielschichtigen Interessen sind dagegen schon längst in der Region angekommen. Nicht mal die allgemeine Kenntnis europäischer Institutionen innerhalb der politischen Eliten ist ausreichend, und auch unter Gebildeten findet man wenige, die den genauen Unterschied zwischen Europarat und Europäischer Union kennen. Außer den wenigen engagierten Spezialisten in politischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen beobachtet man eine Mehrheit von innenpolitischen Akteuren, die „eine Mischung aus Inkompetenz, passiver Erwartung und gar Desinteresse aufweisen“.¹⁶

Eine weitergehende Integration in die GUS bleibt in Aserbaidshans zwar immer noch als alternative Option, ist aber insbesondere unter der Elite der Wunsch vorherrschend, dass sich Aserbaidshans in westliche/europäische Strukturen integrieren soll.¹⁷ Aber wenn man sich in Aserbaidshans wohl eine mittelfristige Nato-Mitgliedschaft vorstellt, glauben sehr wenige an solche Perspektive bei der EU, insbesondere als muslimisches Land. Man zieht da gerne Parallele mit der Türkei-Frage. Es ist nämlich die herrschende Wahrnehmung, dass man der Türkei gerade wegen ihrer islamischen Prägung bei dem EU-Beitritt „Schwierigkeiten“ bereite.

Politische Beobachter schreiben Aserbaidshans im Unterschied zu Georgien und aber auch zu Armenien eher eine passive Erwartungshaltung bei der Intensivierung seiner Beziehungen mit

¹⁵ Proezdom iz Evropi;

<<http://www.kommersant.ru/doc.html?DocID=720425&IssueId=30248>>.

¹⁶ Vgl. Walter Kaufmann: Politischer Jahresbericht 2004/2005. Tbilisi 2005 [=Heinrich Böll Stiftung, Regionalbüro Südkaukasus]; <<http://www.boell.de/downloads/jahresberichte2005/Tbilisi2005.pdf>>, S. 5.

¹⁷ In einer Umfrage unter 1000 Befragten im Dezember 2004 haben sich 35,2% für eine Integration Aserbaidshans in euroatlantische Strukturen (Nato und EU) ausgesprochen, während 22,2 % die weitergehende GUS-Integration befürwortet haben. 33,4% haben dagegen die Neutralität bzw. Kooperation in beide Richtungen befürwortet. Interessanterweise haben nur 2,3% von Befragten eine Integration mit OIK-Staaten bevorzugt (Sosioloji Monitoring: Azerbaijan 2004-cü ilde. Baku 2005, S.28.).

der EU zu.¹⁸ Wenn Georgien dabei in erster Linie seine Hoffnung an die Lösung seiner außen- und sicherheitspolitischen Probleme (mit Russland) knüpft und Armenien damit seine regionale Isolation (durch die Türkei und Aserbaidschan) aufbrechen will,¹⁹ sieht Aserbaidschan nicht mal bei der Lösung des Bergkarabach-Konfliktes die EU als möglicher Akteur. Im Unterschied zu Georgien will Aserbaidschan die Rolle der EU in der Region auch nicht direkt antirussisch gerichtet sehen.

Es sei hier zwei mögliche Gründe für diese außenpolitische Haltung Aserbaidschans genannt. Zum einen äußern sich v.a. einheimische Beobachter besorgt, dass die „autoritäre“ Alijew-Regierung keine neuen Verpflichtungen im Bereich politische und ökonomische Reformen (Demokratie, Rechtsstaat, Marktwirtschaft) eingehen wolle, welche eben eine weitergehende Integration in die EU-Strukturen zwangsläufig mitbringt.²⁰

Zum anderen kann man vermuten, dass der Ölfaktor die Alijew-Regierung außenpolitisch „selbstbewusster“ gemacht hat, was man mit dem Stichwort „Ölnationalismus“ umschreiben kann. In Regierungskreisen glaubt man nämlich das Land auf eigene Kraft weiterzuentwickeln und deshalb auch nicht dringend zu brauchen, bei der EU anzuklopfen. In dieser Hinsicht sieht sich Aserbaidschan nicht nur als Konsument der europäischen Sicherheit, sondern auch als einen dazu beitragenden Partner – und zwar im Bereich Energiesicherheit. Die neulich unterzeichnete Energiepartnerschaftsvereinbarung bezeugt noch mal diese Tatsache deutlich. Nicht zufällig, dass auch Präsident Alijew inzwischen mit klaren Worten die Perspektive eines denkbaren EU-Beitritts von Aserbaidschan auf unbestimmte Zeit verschiebt. Er meinte nämlich vor kurzem auf dem Internationalen Bertelsmann Forum 2006, dass sein Land als Ölexporteur vor allem an ökonomischen Beziehungen mit Europa interessiert sei. Mit den Öleinnahmen wolle Aserbaidschan zunächst seine (nationale) Entwicklung finanzieren, um in die Nähe des EU-Niveaus zu kommen. Erst wenn dies erreicht sei, könnte man einen Aufnahmeantrag stellen - aber nur, wenn er dann noch beiden Seiten nützt.²¹

2.3. Aserbaidschan: Wahrnehmungen und Interessen der EU

¹⁸ Conflict Resolution in the South Caucasus: The EU's Role, Europe Report Nr. 173 – 20 March 2006, International Crisis Group. p. 3.

¹⁹ Vgl. Ebd., p. 7-11.

²⁰ Ebd., p. 7.

²¹ „Die Europäische Union hat keine Schwarzmeer-Politik“;

<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F0A-4D5336F7/bst/hs.xsl/artikel_33730.htm>. –

Die heutige eher nachgeordnete Bedeutung des Südkaukasus als Nachbarregion für die EU kann man v.a. daran erkennen, dass die Südkaukasus-Staaten zunächst nicht in die Größeres-Europa-Initiative aufgenommen wurden. In einer Fußnote der Kommissionsmitteilung wurde darauf verwiesen, dass die drei Länder wegen ihrer geographischen Entfernung nicht als Nachbarstaaten gelten.²² Diese Entfernung wird im Falle Aserbaidschans auf mentaler/kultureller Ebene noch durch seine islamische Prägung „verstärkt“. In der westlichen/europäischen Literatur wie Presse wird Aserbaidschan in erster Linie als ölfreiches muslimisches Land dargestellt, wo Korruption floriert, Demokratie dagegen dahinsiecht. Besonders Aserbaidschans Ölreichtum scheint heutzutage seine Visitenkarte in Europa zu sein.

Sprechen viele Autoren der EU im Südkaukasus, darunter in Aserbaidschan geopolitische Ambitionen ab, so sehen manche Beobachter gerade darin ein Vorteil für sie selbst. Die Abwesenheit geopolitischer Einflussinteressen wirke sich, so die Feststellung, positiv auf die Wahrnehmung Europas in der Region aus. Die EU habe, im Unterschied zu Russland und den USA, die Chance, als ehrlicher Akteur ohne geopolitische Eigeninteressen wahrgenommen zu werden und vor Ort mit einem besonderen Vertrauensvorschuss aktiv zu sein.²³

Wenn zum einen die reibungslose Versorgung Europas mit Energieressourcen aus dem Kaspischen Raum als regionübergreifendes besonderes Interesse der EU gilt, ist und bleibt zum anderen der krisengeschüttelte (Süd-)Kaukasus - „zweiter Balkan“ am Rande Europas - fürs strategische Ziel der GASP – nämlich Schaffung einer Sicherheitszone rund um Europa - als wichtige Zielregion dieser EU-Außenpolitik. Regionale Stabilität im Südkaukasus ist demzufolge für Europa nicht nur von sicherheitspolitischem, sondern auch ganz zentral von ökonomischem bzw. wirtschaftspolitischem Interesse.²⁴

Zu den politischen Zielen der EU im Südkaukasus gehört die Unterstützung der Regionsländer bei der Durchführung politischer und wirtschaftlicher Reformen, die

²² Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn, Brüssel. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, den 11.3.2003, KOM(2003) 104 endgültig;

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2003/com2003_0104de01.pdf, S. 4.

²³ In Sicherheit investieren? – Der Beitrag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur regionalen Stabilität in Zentralasien und im Südkaukasus, Dokumentation der Veranstaltung vom 15. März 2005 in Berlin, Seminar für ländliche Entwicklung;

http://www.berlinerseminar.de/bs/files/_SLE_Downloads/EPDT/2005/EPDT2005_ZentralasienSuedkaukasus.pdf, S. 22-25.

²⁴ Auch für spezifische Sicherheitsinteressen der EU (Bekämpfung von Menschen-, Waffen- und Drogenschmuggel usw.) rückt die Nachbarregion Kaukasus immer näher ins außenpolitische Bewusstsein der EU.

Förderung der friedlichen Beilegung von Konflikten, und der Zusammenarbeit zwischen Staaten der Region sowie Wirkungsentfaltung und Imagepflege in der Region.²⁵ *Last but not least* ist offenbar die letztere, die aus realpolitischer Perspektive vermuten lässt, dass die EU sich in Bälde als (geo-)politischer Akteur in der Region etablieren will. Der Südkaukasus ist noch ein geopolitischer Schauplatz, in dem der Machtkampf der Großmächte im Gegensatz zur Balkanregion noch nicht entschieden ist. In geo- und sicherheitspolitischer Hinsicht stellt sich daher die zentrale Frage wie nach oder fern der Südkaukasus Europa ist. Hier ist Uwe Halbach mit Sicherheit beizustimmen, wenn er meint, die Region sei nah genug, dass die EU sie in ihrem Interesse an Stabilität nicht außer Acht lassen dürfe. Gleichzeitig sei sie fern genug, dass die von ihr ausstrahlenden Bedrohungen von Europa nicht als unmittelbare Sicherheitsrisiken wahrgenommen würden.²⁶

3. Aktionsplan als Hauptinstrument der ENP

Einen wichtigen Schritt in den Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidschan stellt das 1999 in Kraft getretene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen dar, zu dessen Zielen „der Aufbau geeigneter Rahmenbedingungen zur Etablierung eines politischen Dialogs, die Stärkung und Entwicklung der demokratischen Strukturen, der vollständige Übergang der Länder des Südkaukasus zur Marktwirtschaft, der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen durch die Beseitigung von Handelsquoten und die Einführung der Meistbegünstigungsbestimmungen beim Handel, bei Investitionen und im Kapitalverkehr“²⁷ zählen. Wie aus einer aktuellen Mitteilung der Kommission an den Rat ersichtlich ist, haben sich die bilateralen Beziehungen seitdem kontinuierlich weiterentwickelt, zumal der politische Dialog heute viel zielorientierter sei, und die Zusammenarbeit habe sich insbesondere im Energie- und im Verkehrsbereich verstärkt.²⁸

Vor allem unter Hinweis auf die vom Europäischen Rat im Dezember 2003 angenommenen Europäischen Sicherheitsstrategie, die den Südkaukasus eindeutig als eine der Regionen benennt, in denen die EU „ein stärkeres und aktiveres Interesse“ an den Tag legen sollte,

²⁵ Gemeinsame Aktion 2006/121/GASP des Rates vom 20. Februar 2006 zur Ernennung des Sonderbeauftragten der europäischen Union für den Südkaukasus;

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2006/l_049/l_04920060221de00140016.pdf>, S. 1.

²⁶ Halbach, Der Kaukasus in neuem Licht [Fn. 2], S. 22.

²⁷ Die Europäische Union und die Staaten des Südkaukasus: Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages, Fachbereich XII, Info-Brief, 29. Juli 2005. S. 5.

²⁸ Mitteilung der Kommission an den Rat: Europäische Nachbarschaftspolitik. Empfehlungen für Armenien, Aserbaidschan und Georgien sowie für Ägypten und Libanon, KOM (2005), 72 endgültig, Brüssel, den 2.3.2005, S. 8, hier S. 4.

empfahl die Kommission im Mai 2004, die südkaukasischen Staaten, darunter Aserbaidschan in die ENP aufzunehmen. Die Kommission befürwortete in ihrer Mitteilung an den Rat eine Intensivierung der Beziehungen zu den südkaukasischen Ländern durch Aktionspläne:

Jedem Land sollte die gleiche Chance eingeräumt werden, seine Verbindungen zur EU innerhalb dieses Rahmens auszubauen. Die EU sollte auf Grundlage der Verdienste jedes einzelnen Landes für die Zukunft die Möglichkeit der Entwicklung von Aktionsplänen mit diesen Ländern prüfen.²⁹

Mit dem (nach langen EU-internen Auseinandersetzungen gefallenen) Entschluss, die drei südkaukasischen Staaten in die EU-Nachbarschaftspolitik einzubeziehen, erreichte die europäische Kaukasuspolitik 2004 ihren vorläufigen Höhepunkt. Manche Autoren reden hier jedoch noch von Unklarheit, ob die ENP gegenüber dem Südkaukasus v.a. als Instrument zur Abwehr weitergehender Integrationswünsche („non membership strategy“) konzipiert oder ob das Ziel gilt, die südkaukasischen Staaten langfristig möglichst nahe an die EU-Standards heranzuführen.³⁰ Die „non membership strategy“ scheint, so meine Annahme, aber im Falle der südkaukasischen Staaten nicht plausibel zu sein, weil sich nicht mal die optimistischsten/kühnsten Politiker auf beiden Seiten deren EU-Mitgliedschaft über absehbare Zukunft hinaus vorzustellen scheinen.³¹ Fasst man hier die Tatsache ins Auge, dass der Weg der südkaukasischen Staaten nur über Ankara besritten werden kann, so braucht man im Kontext der langwierigen und mit offenem Ergebnis verlaufenden Beitrittverhandlungen mit der Türkei keine falschen Hoffnungen zu hegen.³²

Bei der Erarbeitung und Aushandlung von Aktionsplänen beschloss die EU, die Regionsländer differenziert/individuell zu behandeln – nämlich die Bedürfnisse und Kapazitäten des jeweiligen Landes sowie dessen bestehende Beziehungen mit der EU mit zu

²⁹ Europäische Nachbarschaftspolitik: Strategiepapier. Mitteilung der Kommission, KOM(2004) 373 endgültig, Brüssel, den 12.5.2004

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0373de01.pdf>, S. 11.

³⁰ Siehe exemplarisch: Kaufmann, Politischer Jahresbericht 2004/2005, [Fn. 17], S. 5. - Halbach, Der Kaukasus in neuem Licht [Fn. 2], S. 20ff.

³¹ J. Solana hat sich angesichts der Unterzeichnung von Aktionsplänen ähnlich geäußert: „It [the action plan] has an objective, an objective to bring all the countries closer to the European Union with a mechanism, the Neighborhood Policy, which is the same technology that we used with the countries that were finally members of the European Union“ (Solana Says Membership For Caucasus 'A Different Story'; <<http://www.today.az/news/politics/32631.html>>).

³² Vgl. Egbert Jahn: Von der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau zum Ende der europäischen Integrationsfähigkeit? 2006 (Manuskript). S. 19.

berücksichtigen.³³ Am 14. November 2006 – nach einer über zwei Jahre andauernden und nicht unkomplizierten Vorbereitung unterzeichnete die EU in Brüssel mit drei südkaukasischen Staaten die Aktionspläne für die Nachbarschaftspolitik.³⁴ Die auf fünf Jahre angelegten Pläne regeln die Zusammenarbeit für diese Staaten als Nachbarn, die auf absehbare Zeit keine Chance auf EU-Mitgliedschaft haben und sehen vor allem einen ständigen politischen Dialog und eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit vor.

Die EU scheint mit der ENP ein qualitativ neues Angebot zu machen, ihre Beziehungen mit den Regionsstaaten zu intensivieren. Und der Aktionsplan, der als ein politisches – kein rechtlich verbindliches - Dokument gelte, sei in diesem Prozess die erste Phase. Von einer politischen Integration wird es hier bis auf weiteres abgesehen, während die Rede in erster Linie von einer „Ziel einer stärkeren Integration in die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der EU“ ist.³⁵ Dieser Plan ist demzufolge eher als eine Hausaufgabe gedacht, und die Staaten, die diese Aufgabe erfolgreich absolvieren, können sich einer Belohnung seitens der EU in Form weiterer Integrationsangebote erfreuen.³⁶

Der mit Aserbaidschan vereinbarte Aktionsplan bestimmt zehn Handlungsprioritäten der künftigen Zusammenarbeit: Als erste Priorität wird die Förderung einer friedlichen Beilegung des Berg-Karabach-Konfliktes vorgesehen,³⁷ als zweite die Stärkung der Demokratie durch freie und transparente Wahlen, als dritte die des Schutzes der Grundrechten und *Rule of Law*. Die anderen beziehen sich auf eine Verbesserung des Geschäfts- und Investitionsklimas, vor allem durch effektive Korruptionsbekämpfung, auf die Unterstützung einer ausgewogenen und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, Stärkung der bilateralen Energiezusammenarbeit zwischen der EU und Aserbaidschan sowie der regionalen Zusammenarbeit im Energie- und Verkehrsbereich usw.³⁸

³³ Conflict Resolution in the South Caucasus: The EU's Role, Europe Report Nr. 173 – 20 March 2006, International Crisis Group. p. 7ff.

³⁴ So musste die EU zeitweise wegen des Vetos von Zypern die Aktionsplan-Verhandlungen mit all drei südkaukasischen Staaten aussetzen, weil eine private aserbaidische Fluggesellschaft begonnen hatte, das türkische Nordzypern anzufliegen, worin Zypern die Verletzung seiner nationalen Souveränität gesehen hätte (Conflict Resolution in the South Caucasus: The EU's Role, Europe Report Nr. 173 – 20 March 2006, International Crisis Group. p.9).

³⁵ ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidschan;

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/azerbaijan_enp_ap_final_de.pdf>, S. 1.

³⁶ Solana Says Membership For Caucasus 'A Different Story'; <<http://www.today.az/news/politics/32631.html>>

³⁷ Das gleiche wird zwar in dem mit Armenien vereinbarten Aktionsplan als prioritärer Handlungsbereich vorgesehen, aber als siebte Priorität. Daraus könnte man schlussfolgern, dass die EU bei einer friedlichen Lösung eben von Aserbaidschan mehr Engagement erwartet als Armenien (ENP-Aktionsplan EU-Armenien; <http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/armenia_enp_ap_final_de.pdf>, S.7).

³⁸ ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidschan;

Man hatte bei der Vorbereitung des Aktionsplans noch Bedenken, ob Aserbaidschan diesen in ein bloß technisches Dokument verwandeln würde. Jedoch akzeptierte Baku wie Tiflis und Jerewan generell die Brüsseler Sprache von Demokratie und *Rule of Law*.³⁹ Auch wenn Aserbaidschan ferner nicht versuchte, den Aktionsplan für die Lösung seines Hauptproblems - des Bergkarabach-Konfliktes - zu instrumentalisieren, wie es bei Georgien der Fall gewesen ist, pochte aber bei dessen Erarbeitung/Aushandlung darauf, dass die EU sich zur Förderung einer friedlichen Lösung beim Bergkarabach-Konflikt verpflichtet, die auf Achtung der aserbaidschanischen Souveränität und territorialen Integrität innerhalb seiner international anerkannten Grenzen gründen.⁴⁰ Und vor kurzem ließ das aserbaidschanische Außenministerium verlauten, dass die aserbaidschanische Forderung schon von der EU akzeptiert sei.⁴¹

Wie sich aber nach der Abschließung des Aktionsplans herausstellte, ist das nicht der Fall. Und dies, obwohl die EU im mit Georgien ausgehandelten Aktionsplan bei ähnlicher Situation das tut.⁴² Hier könnte man darauf schließen, dass die EU eine andere Lösung des Konflikts um Berg-Karabach akzeptieren würde, als sich Aserbaidschan prinzipiell wünscht – nämlich unter Achtung seiner territorialen Integrität. Andererseits verpflichtet sich die EU aber im mit Armenien vereinbarten Aktionsplan noch intensiverer die internationalen Bemühungen zur Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts „nach internationalen Normen und Grundsätzen unter Beachtung des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes von Völkern“ politisch zu unterstützen,⁴³ was wiederum in Aserbaidschan die Denkklišees bzgl. Doppelstandards des Westens weiter fördern würde. Zum anderen kommt es aber auch gut zutage, wie transparent die aserbaidschanischen Behörden der einheimischen Öffentlichkeit gegenüber arbeiten.

Die einheimischen politischen Beobachter knüpfen an die ENP keine großen Erwartungen. Es wird hier argumentiert, dass die Energiesicherheit bei Beziehungen für die EU der wichtigste

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/azerbaijan_enp_ap_final_de.pdf>, S. 3-8

³⁹ Conflict Resolution in the South Caucasus: The EU's Role, Europe Report Nr. 173 – 20 March 2006, International Crisis Group. p. 13.

⁴⁰ Die Zurückhaltung der EU in dieser Frage aber hatte die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, B. F. Waldner, damals so begründet, dass die EU mit solch einer Verpflichtung den Friedensprozess in einem so wichtigen Stadium nicht negativ beeinflussen wolle (Nastupilo vremya novoqo sosedsstva, Zerkal, 17.11.2006).

⁴¹ Nakonez-to Azerbaidjan stal sosedom Evropi, in: Zerkalo, 15.11.2006.

⁴² ENP-Aktionsplan EU-Georgien;

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/georgia_enp_ap_final_de.pdf>, S. 8.

⁴³ ENP-Aktionsplan EU-Armenien;

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/armenia_enp_ap_final_de.pdf>, S. 7.

Faktor sei. Und wenn Baku in diesem Bereich seine Verpflichtungen im Sinne der EU durchführen würde, könnte sie bei Verletzungen in anderen Bereichen womöglich ein Auge zudrücken. Zum anderen sind die von der Alijew-Regierung übernommenen Verpflichtungen der EU gegenüber nicht viel anderes als die dem Europarat gegenüber, wo auch seit 2001 keine weitgehenden Fortschritte zu registrieren sind. Ebenfalls bei der Durchführung des ENP-Aktionsplans könnte sich die Alijew-Regierung womöglich Imitationen leisten.⁴⁴

Im Aktionsplan heißt es jedoch ausdrücklich, dass die weitere Gestaltung der Beziehungen davon abhängen wird, in welchem Maße sich Aserbaidschan auf die gemeinsamen Werte festlegt und die gemeinsam vereinbarten Prioritäten umsetzt. Nur im mit Aserbaidschan vereinbarten Aktionsplan wird zudem erwähnt, dass die Verletzung beiderseitiger Verpflichtungen die unverzügliche Aussetzung seiner Durchführung bewirke,⁴⁵ was auf jeden Fall als zusätzliche Druckkulisse auf die Alijew-Regierung gedacht zu sein scheint, die bei der Umsetzung internationaler Verpflichtungen (insbesondere der OSZE und dem Europarat gegenüber) gerade keinen guten Ruf hat.

Die EU will insgesamt mit individuellen Aktionsplänen die südkaukasischen Staaten zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen anregen und sieht die verbesserte regionale Kooperation als Grundlage für friedliche Konfliktlösung.⁴⁶ Sie ist besonders daran interessiert, Aserbaidschan noch vor der Beilegung des Bergkarabach-Konflikts von einer Kooperation mit Armenien zu überzeugen – v.a. in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Verkehr. Aber dieses Ziel scheint aus heutiger Sicht unmöglich zu verwirklichen, weil Aserbaidschan jede Kooperation mit Armenien kategorisch ablehnt, bevor es dessen seit dem Bergkarabach-Krieg besetzt gehaltene Gebiete nicht räumt.

⁴⁴ Avropa Birliyi ile qonshuluqda Azərbaycanın üzlesheceyi chetinlikler...;

<<http://www.azadliq.org/Article/2006/11/15/20061115191527073.html>>.

- „Ola bilsin ki, Avropa Birliyi ile imzalanan senedin icrasindada imitasiyalar olacaq“;

<<http://www.azadliq.org/Article/2006/11/19/20061119194937740.html>>.

⁴⁵ ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidschan;

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/azerbaijan_enp_ap_final_de.pdf>, S. 1.

⁴⁶ Anlässlich der Unterzeichnung der Aktionspläne wies Solana auch ausdrücklich darauf hin: “It [the plan] has a common objective of helping to construct regional cooperation... we would like those three countries to work among themselves as a region and that is the focus of the program we are establishing with you. And therefore we want to work with you as a region.” (Solana Says Membership For Caucasus 'A Different Story'; <<http://www.today.az/news/politics/32631.html>>.)

5. Resümee und Ausblick

Die EU hat prinzipiell in dem ENP- Strategiepapier versprochen, dass die erfolgreiche Umsetzung von Aktionsplänen zu Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen führen kann, einschließlich der neuen vertraglichen Verbindungen in Form von Europäischem Nachbarschaftsabkommen, dessen Inhalt und Rahmen jedoch noch nicht definiert ist.⁴⁷ Dies mag für die Regionsländer immerhin ein wichtiger Anreiz sein, die Aktionspläne schnell und zügig umzusetzen, selbst wenn diese keine rechtlich verbindlichen Verpflichtungen sind. Können die effektive Umsetzung der Aktionspläne für die EU eine Chance zu einer besseren Neupositionierung als (geo-) politischer Akteur in der Region darstellen, so wäre dies für die Regionsländer selbst eine einmalige Möglichkeit die seit den 90er Jahren versäumten politischen und ökonomischen Großreformen nachzuholen.

Aber die bisherigen Beobachtungen sprechen nicht gerade für eine optimistische Erwartung. Es lief in den südkaukasischen Staaten – insbesondere im Falle Aserbaidschans - die Aushandlung der Aktionspläne nicht so, als wollte die Alijew-Regierung die halbherzig ausgestreckte Hand der EU unbedingt ergreifen und das Potenzial für die Annäherung ihres Landes an die EU ganz ausreizen, zumal diese vielleicht doch in ferner Zukunft eine Vollmitgliedschaft birgt.⁴⁸ Gerade in diesem Sinne äußerte sich ja vor kurzem EU-Kommissarin B. Waldner im Hinblick auf mögliche EU-Mitgliedschaft der südkaukasischen Staaten, dass die Nachbarschaftspolitik zwar eine EU-Mitgliedschaft nicht garantiere, aber dies die Politik von heute sei.⁴⁹

Aserbaidschan kann sich in Zukunft stetiger Aufmerksamkeit der EU sicher sein, deren Interesse sich auf den Ressourcenreichtum des Landes und darauf konzentriert, sich an der Schwelle zum Iran, aber auch zu Russland und der Großregion Zentralasien diesen säkular-muslimischen Staat mit eher prowestlich ausgerichteter Elite als Partner zu erhalten.⁵⁰ Es bleibt hier jedoch abzuwarten, wie lange das geopolitische Lavieren Aserbaidschans zwischen dem Westen und Russland Bestand haben wird. Vielleicht wird Präsident Alijew sich in absehbarer Zeit entscheiden müssen, entweder die konfliktträchtige Demokratisierung und die

⁴⁷ Conflict Resolution in the South Caucasus: The EU's Role, Europe Report Nr. 173 – 20 March 2006, International Crisis Group. p. 8.

⁴⁸ Vgl. Kaufmann, Politischer Jahresbericht 2004/2005 [Fn. 17], S. 5.

⁴⁹ Avropada „Böyük Qafqaz“ günü;
<<http://www.azadliq.org/Article/2006/11/14/20061114122521760.html>>.

⁵⁰ Kaufmann, Politischer Jahresbericht 2004/2005 [Fn. 17], S. 13. —

parallele Westintegration seines Landes fortzusetzen, oder doch eine autoritäre Kooperation in der russlanddominierten GUS zu intensivieren, womit sich seine Beschwörung der europäischen Werte im letzten Brüssel-Besuch folglich als bloßes Lippenbekenntnis erweisen würde.⁵¹

⁵¹ Ilham Alijew unterstrich im Anschluss an die Unterzeichnungsfeierlichkeiten der Energievereinbarung vor der Presse die europäische Grundorientierung seines Landes: „Wir schaffen eine demokratische Gesellschaft mit starker Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie einer starken Wirtschaft. Für uns ist dies (die EU-Kooperation) eine Möglichkeit, die Standards in Aserbaidshan sehr nah an die europäischen heranzuführen“. Von der Presse war besonders sein Bekenntnis zu den europäischen Werten – „Wir teilen die gleichen Werte“ – mit viel Ambivalenz aufgenommen. Selbst sein Gastgeber Barosso soll seinen Worten mit angespannter, starrer Miene zugehört haben, wie Pressevertreter beobachtet haben (EU rolls out red carpet for oil-rich Azerbaijan, <<http://euobserver.com/9/22808>>.)